



27. Oktober 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des gestrigen Euro-Gipfels übersenden wir Ihnen dazu ein Fakten Aktuell mit Ergebnissen, Argumenten und Informationen.

Fragen	Ergebnisse des Euro-Gipfels
<p>Was hat der Euro-Gipfel beschlossen?</p>	<p>Die Ergebnisse des Euro-Gipfels sind vielschichtig. Sie bilden ein überzeugendes Gesamtkonzept, um die derzeitige Schuldenkrise in Europa nachhaltig zu bekämpfen. Die ganze Welt hat mit großer Spannung die Ergebnisse des Gipfels erwartet. Erste Reaktionen der Börsen zeigen, dass die Ergebnisse auf den Märkten positiv bewertet werden.</p> <p>Das Gesamtpaket besteht aus fünf Elementen. Vereinbart wurden: 1. Mehr Eigenanstrengungen der Mitgliedstaaten, ihre Schulden-situation zu verbessern; 2. Eine zielführende Lösung für Griechenlands Schuldenproblem; 3. Eine Optimierung des Euro-Rettungsschirms EFSF, 4. Eine Stärkung der europäischen Banken sowie 5. Ein besserer Stabilitätsrahmen für die Eurozone.</p>
<p>Was heißt mehr Eigenanstrengungen der Mitgliedstaaten?</p>	<p>Das Grundproblem für die derzeitigen Schwierigkeiten in einigen Euro-Ländern sind deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die zu hohen Schulden und das Fehlen struktureller Reformen. Daher müssen die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten verbessert werden, u.a. durch Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen.</p> <p>Spanien hat auf dem Gipfel Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits angekündigt, um die Schuldenbremse einzuhalten, die gerade in der Verfassung verankert wurde. Ebenso wurden Reformen gegen die hohe Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt.</p> <p>Italien hat ebenfalls wachstumsfördernde Strukturreformen und eine Strategie zur Haushaltskonsolidierung angekündigt. Bis 2013 soll ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt und 2014 sollen Überschüsse erreicht werden. Außerdem wird das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht. Die lokalen öffentlichen Dienste und die Versorgungswirtschaft werden liberalisiert.</p> <p>All diese Maßnahmen begrüßt die FDP-Bundestagsfraktion nachdrücklich. Es gilt nun, gemeinsam mit den europäischen Partnern darauf zu achten, dass diese Reformen auch konsequent umgesetzt werden.</p> <p>Ein Beispiel dafür, dass ein solcher Weg erfolgversprechend sein kann, ist Irland. Es musste ebenfalls in den letzten Jahren europäische Hilfen in Anspruch nehmen, hat aber inzwischen deutliche Fortschritte erzielt und ist auf einem sehr guten Weg. Auch Portugal ist auf seinem Weg erfolgreich und wird noch weitere Maßnahmen ergreifen, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.</p>

Was passiert mit Griechenland?

Deutschland hat sich für eine nachhaltige Lösung der Probleme Griechenlands eingesetzt.

Diese hat drei Elemente:

- Es wird ein neues Griechenland-Programm geben. Angesichts veränderter Daten in Bezug auf ein niedrigeres Wirtschaftswachstum und langsamer fließende Privatisierungserlöse bleiben die Haushaltsziele anspruchsvoll. Aber durch die Analyse der Troika sind jetzt realistische Annahmen getroffen worden, auf deren Basis das Programm durchgeführt wird. Wichtig ist, dass es ein verstärktes Überwachungsregime im Zusammenhang mit der Erfüllung der griechischen Verpflichtungen geben wird. Dazu wird es künftig eine dauerhafte Präsenz vor Ort geben. So ist es laufend möglich, die Maßnahmen, die Griechenland ergreift, auch zu überwachen. Dadurch soll eine fristgerechte und uneingeschränkte Durchführung der Reformen sichergestellt werden. Dieses Regime wird schriftlich verankert und dann unter Einbeziehung der Troika durchgesetzt. Dieser permanente Überwachungsmechanismus ist viel effektiver, als wenn die sogenannte Troika aus EU, EZB und IWF alle drei Monate nach Griechenland reist, Kontrollen durchführt und dann wieder abreist.
- Die Schuldentragfähigkeit Griechenlands kann nur dann wiederhergestellt werden, wenn der Privatsektor in einer substantiellen Art und Weise einbezogen wird. Daher wurde mit den Gläubigern vereinbart, dass die Gesamtverschuldung von Griechenland im Jahr 2020 noch maximal 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen soll. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Griechenland dann wieder an den Finanzmarkt zurückkehren und wieder mit Kapital versorgt werden kann.
- Um die enorme Schuldenlast Griechenlands zu reduzieren, die den Staat zu erdrücken droht, muss ein Schuldenschnitt durchgeführt werden. Das bedeutet, dass insbesondere die privaten Gläubiger, also die Banken, einen nominalen Abschlag von 50 Prozent des Nennwerts aller ausstehenden Anleihen hinnehmen müssen. Die privaten Gläubiger sind jetzt gehalten, diesen Beitrag freiwillig zu leisten. Es ist davon auszugehen, dass sie das tun, weil sie wissen, dass ansonsten im Zweifel ihre Anleihen nur noch wenig werthaltig sind. Auf dieser Grundlage wird das bereits ausgehandelte zweite Griechenland-Rettungspaket angepasst und rund 100 Milliarden Euro umfassen. 30 Milliarden Euro wird die EFSF zusammen mit Griechenland aus den Privatisierungserlösen leisten. Diesen Beitrag brauchen wir, um die Umschuldung so zu gestalten, dass sich die Gläubiger auf die Zahlung der Restsumme ihrer Forderungen verlassen können.

Diese neue Lösung für Griechenland ist insbesondere im Vergleich zum ursprünglich ausgehandelten Paket vom Juli 2011 eine enorme Verbesserung. Es wurden endlich ein Schuldenschnitt vereinbart und eine Beteiligung der privaten Gläubiger sichergestellt. Das war immer auch eine Forderung der FDP, denn nur so hat Griechenland langfristig eine Chance.

Während SPD und Grüne noch lange forderten, mehr Finanzhilfen zu niedrigeren Konditionen zu zahlen, hatte die FDP bereits ihr Konzept des Schuldenschnitts erarbeitet. Noch vor kurzem hatte die SPD den Rücktritt

	<p>von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler gefordert, als dieser von einem Schuldenschnitt für Griechenland sprach.</p>
<p>Wie wird der Euro-Rettungsschirms EFSF optimiert?</p>	<p>Der Rettungsschirm EFSF wurde mittlerweile von allen 17 Euro-Gruppenländern ratifiziert. Es muss nun sichergestellt werden, dass alle verfügbaren Instrumente effizient eingesetzt werden. Ziel ist es, den Zugang zu Kapital insbesondere für diejenigen Staaten zu erleichtern, die unter dem Druck der Märkte stehen. Dadurch wird das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes für Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet gesichert.</p> <p>Es geht dabei in erster Linie um „Co-Finanzierung“. Es geht also nicht um „Fremdfinanzierungen“, bei denen mit Krediten die Haftungssumme der EFSF unkontrolliert ausgeweitet würde. Derzeit sind zwei Modelle in der Diskussion:</p> <p>Vereinbart wurde zu einen die Bereitstellung von Zusatzsicherheiten für neue Anleihen von Staaten. Mit dem Kauf solcher Risikoversicherungen würde Privatanlegern beim Kauf von Anleihen eine zusätzliche Sicherheit gewährt. Der Prozentsatz, mit dem ein Ausfall abgesichert wird, ist noch zu bestimmen. Das andere Modell würde die Mittel von privaten und öffentlichen Finanzinstitutionen und Anlegern kombinieren, was über Zweckgesellschaften erfolgen könnte.</p> <p>Wichtig ist, dass es bei keiner der beiden Alternativen zu einer gemeinschaftlichen Haftung mit anderen Investoren kommt. Die Risiken werden lediglich breiter gestreut, daher kann sich die EFSF bei künftigen Hilfen auf Teilrisiken beschränken. Der Haftungsrahmen von 211 Milliarden Euro für Deutschland wird nicht erhöht. Jeder Euro wird nur einmal ausgegeben. Und aus Sicht der EFSF-Garanten gilt: „20%-Risiko ist besser als 100%“. Mit dieser Lösung können die Mittel der EFSF folglich effektiver eingesetzt und die Gesamtsumme vervielfacht werden.</p>
<p>Wie werden die europäischen Banken gestärkt und warum?</p>	<p>Aufgrund des Schuldenschnitts muss die mittelfristige Finanzierung der Banken sichergestellt werden, damit keine Kreditklemmen entstehen und weiterhin für die Wirtschaft Kredite gewährt werden können. Dazu wird die Eigenkapitalquote der Banken bis zum 30. Juni 2012 auf 9 Prozent erhöht. Für alle europäischen Banken beträgt damit der Kapitalbedarf nach Berechnungen der europäischen Bankenaufsicht rund 106 Milliarden Euro. Dies stellt zwar eine Belastung für die Banken dar, ist aber notwendig, um den gewünschten zusätzlichen Kapitalpuffer aufzubauen.</p>
<p>Wie wird der Stabilitätsrahmen für die Eurozone verbessert?</p>	<p>Aufbauend auf bereits beschlossenen Maßnahmen wollen die Mitgliedstaaten bis Ende 2012 nationale Vorschriften über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt –vorzugsweise mit Verfassungsrang– erlassen. Die nationalen Parlamente sollen außerdem die auf EU-Ebene gegebenen Empfehlungen zur Durchführung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik umsetzen. Beschlossen haben die Mitgliedstaaten auch eine engere Zusammenarbeit und mögliche Vertragsänderungen.</p> <p>Im Dezember wird es einen Bericht darüber geben, wie gezielte Vertragsänderungen umgesetzt, die wirtschaftliche Konvergenz in der Eurozone weiter vorangebracht und die Finanzdisziplin verbessert werden kann. Der Ratspräsident van Rompuy wird darüber im Dezember berichten und einen Fahrplan für das weitere Vorgehen vorstellen.</p> <p>Wir stehen an einer Wegscheide für die weitere Entwicklung Europas. Um die aktuellen Probleme der Staatsverschuldung und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit zu lösen, ist mehr Europa in bestimmten Bereichen</p>

	geboden. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt das Bekenntnis des Rats zu einer Änderung der Europäischen Verträge. Neben der haushaltspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene müssen nun echte Durchgriffsrechte der EU in die Haushaltsbefugnisse der Länder geschaffen werden, die Hilfen verlangen. Es besteht dringender kurzfristiger Handlungsbedarf, der in einem zeitlich und inhaltlich befristeten Konvent angegangen werden könnte.
--	---

Mit freundlichen Grüßen

Beatrix Brodkorb
Pressesprecherin und Leiterin der Pressestelle
der FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-52388
Fax: 030/227-56778